

X9

Titel Reform der Antragskommissionen auf SPD-Parteitag
auf Bundes- und Landesebene

AntragstellerInnen Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Reform der Antragskommissionen auf SPD-Parteitag auf Bundes- und Landesebene

1 Wir fordern die Reform der Antragskommissionen auf Landes- und Bundesebene.
2 Auf Bundes- und Landesparteitagen soll künftig nicht mehr über die Beschlussvorlage der Antragskommission,
3 sondern direkt über den von der entsprechenden Gliederung gestellten Antrag abgestimmt werden.

4 Die Antragskommissionen auf Bundes- und Landesebene sollen keine inhaltlichen Änderungen an Anträgen
5 mehr vornehmen dürfen, sondern künftig nur noch prüfen, ob eingehende Anträge satzungskonform und
6 innerhalb der Antragsfrist eingegangen sind, sowie über die Reihung und gegebenenfalls Zusammenfassung
7 von Anträgen und Änderungsanträgen beschließen.

8
9 **Begründung**

10 Wir wollen gemeinsam die SPD erneuern, dafür ist es notwendig, dass wir wieder stärker auf die Ortsvereine
11 und Unterbezirke in unserer Partei hören! Es muss deswegen verhindert werden, dass eine Antragskommis-
12 sion schon im Vorfeld eines Parteitages die Entscheidung trifft, Anträge abzuschwächen, Teile zu streichen
13 oder eine Verweisung vorzuschlagen. Alle diese Entscheidungen müssen in den Händen der Delegierten
14 liegen!

15 Beispielsweise wurde im Antragsbuch des außerordentlichen Landesparteitags 2016 der SPD Rheinland-Pfalz
16 folgende Passage im Antrag A14 des UB Mainz:

17 *„Die Notwendigkeit einer S-Bahnstrecke (zweispurig) von Mainz über Nieder-Olm, Alzey, Kirchheimbolanden nach
18 Kaiserslautern wird umgesetzt.“*

19 von der Antragskommission in den folgenden Satz geändert:

20 *„Wir unterstützen die vorgesehene und längst überfällige Modernisierung und den Ausbau der Schieneninfrastruk-
21 tur.“*

22 Damit wurde die inhaltliche Forderung des konkreten Ausbaus einer Bahnstrecke im Vorfeld des Parteitages
23 komplett verworfen, stattdessen wurde sie durch einen „schönen Satz“ ersetzt, dem jede*r zustimmen konnte.
24 Antragskommissionen sollen die Anträge der Parteitage sinnvoll ordnen. Um aber über den ursprünglichen
25 Antrag abstimmen zu können, hätten die Delegierten des Parteitages die komplette Empfehlung der Antrags-
26 kommission zu diesem Antrag ablehnen müssen, sodass überhaupt über die einzelnen Änderungen gespro-
27 chen worden wäre. Es ist jedoch äußerst schwierig, die Delegierten davon zu überzeugen, gegen das Votum
28 der Antragskommission zu stimmen, „schließlich sitzen darin ehrbare Genoss*innen, die sich bei ihrer Ent-
29 scheidung schon etwas gedacht haben und außerdem möchte man ja auch irgendwann nach Hause.“ Daher
30 führt eine solche inhaltliche Beeinflussung faktisch dazu, dass auf Parteitag keine Debatten mehr geführt
31 und keine Richtungsentscheidungen mehr getroffen werden können. Daher muss es der Antragskommission
32 untersagt werden, Anträge inhaltlich zu ändern, dies muss den Delegierten überlassen bleiben.